

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/21

Bonn, den 30. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>"Harte Probe"?</u> Frankreich und die EWG	41
2 - 2a	<u>Mittelost</u> Gefahren für den Weltfrieden	65
3 - 4	<u>Streiker helfen Barbara</u> Labour-Regierung nimmt Reform der industriellen Beziehungen in Angriff Von Hans Joachim Werbke, London	85

* * * * * Zur Beachtung! * * * * *

*
* In unserer Freitag-Ausgabe veröffentli- *
* chen wir einen Grundsatzartikel von *
* Bundesaußenminister Willy Brandt *
* zum Thema: *
* ATOMSPERSVERTRAG UND GLEICHBERECHTIGUNG *
* * * * *

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Alle werben um Sekretärinnen - Der Bund nicht?
SPD-Abgeordnete wollen Initiative im Parlament ergreifen
Nur Glückwünsche für die erste deutsche Botschafterin
SPD-Fraktion soll Regierungsentwurf durchsetzen

"Harte Probe"?

Frankreich und die EWG

sp - Für die französische Regierung ist nach Auffassung ihres Außenministers Debré die Zeit gekommen, in der der Bestand der EWG "vor eine harte Probe" gestellt sein soll. Voraussetzung dafür, daß diese "harte Probe" nicht stattfindet, ist für Frankreich das Zugeständnis aller übrigen EWG-Partner, daß sie die französischen Vorstellungen von einer europäischen Agrarpolitik und der künftigen Zusammenarbeit mit europäischen Staaten außerhalb der EWG akzeptieren. Im Kern bedeutet dies nach allen bisherigen Erfahrungen: Wenn ihr anderen EWG-Partner nicht damit einverstanden seid, daß wir Franzosen mit unseren Agrarprodukten zu von uns festgesetzten Preisen unbehindert den europäischen Markt maßgebend beliefern, spielen wir nicht mehr mit.

Bei der französischen Industrie sieht man die Dinge allerdings anders. Hier wird befürchtet, die offiziellen französischen Forderungen könnten den Export französischer Industriewaren erheblich beeinträchtigen. Es ist kein Geheimnis, daß es kaum einen größeren französischen Industriekonzern gibt, dessen führende Männer nicht schon seit Wochen die französische Regierung vor der jetzt kürzlich in Brüssel eingenommenen Haltung warnen.

Die Frage ist also, wer sich in Frankreich mit seiner Meinung durchsetzen wird. Die Industrie oder jene Sprecher der französischen Regierung, denen die gewiß nicht günstige Situation der französischen Landwirtschaft Sorgen bereitet. Aber auch die deutsche Landwirtschaft hat Sorgen. Und die deutsche Exportindustrie ist nicht weniger daran interessiert, den Gemeinsamen Markt in Takt zu halten, als die französische Industrie.

Unter diesen Umständen wird es in Zukunft darauf ankommen, jede vielleicht von Emotionen diktierte Äußerung zu unterlassen und sich dagegen ganz auf sachbezogene Auseinandersetzungen einzustellen. Der Gemeinsame Markt bietet trotz allem, was man hier und dort darüber sagen mag, auf die Dauer gesehen für alle an ihm Beteiligten große Vorteile. Das hat man sogar in Moskau und in anderen Hauptstädten kommunistisch regierter Staaten begriffen, wo man schon seit langen nicht mehr davon spricht, daß die EWG nichts anderes als die "teuflische Ausgeburt monopol-kapitalistischen Gewinnstrebens" sei...

Wenn die EWG-Partner Frankreichs sich von Paris nicht einschüchtern lassen, darf man von der Voraussetzung ausgehen, daß die von Außenminister Debré angekündigte "harte Probe" nicht zu einer Zerreiß- sondern zu einer Bewährungsprobe der EWG wird.

+ + +

Mittelost

Gefahren für den Weltfrieden

sp - Die größten Gefahren für den Bestand des Weltfriedens liegen heute im Mittelosten, im israelisch-arabischen Konflikt, für den sich im Augenblick keine Lösungsmöglichkeiten abzeichnen. Die Vereinten Nationen sind zur Ohnmacht verdammt; alle Vermittlungsversuche dieser Weltorganisation blieben erfolglos, sie fanden keine Resonanz bei den betroffenen Völkern. Zu tief sitzt das beiderseitige Mißtrauen. Unvergeblich bleibt den Israelis, daß der von der UNO verfügte Abzug ihrer von neutralen Ländern gestellten Truppen im Gaza-Streifen und im Gebiet des Roten Meeres die Bedrohung noch größer werden ließ, das sie vor zwei Jahren mit einem Präventiv-Krieg zuvorkamen. Er brachte den Israelis glänzende militärische Erfolge ein, die sie nicht preisgeben wollen und wohl auch, bedenkt man die innenpolitischen Gegebenheiten des Staates Israel und die jüngste Geschichte des Judentums, ohne gesicherte Garantien für den Bestand ihres Staates nicht preisgeben können. Die Vereinten Nationen bestehen in einer mit großer Mehrheit angenommenen EntschlieÙung auf die Räumung der von Israel besetzten Gebiete und liefern damit den arabischen Staaten einen Grund, auf die Wiederherstellung des status quo vor dem Juni-Krieg 1967 zu drängen, obwohl gerade dieser status quo mit seinen Unsicherheiten zum militärischen Zusammenstoß geführt hat.

Inzwischen hat Ägypten, der Hauptgegner Israels, seine schweren Verluste an Waffen und Munition mit Hilfe der Sowjetunion wieder wettgemacht und Nasser läßt kaum einen Tag verstreichen, ohne sein Ziel mit Beharrlichkeit zu verkünden: Den Staat der Israelis zu vernichten und seine Bevölkerung ins Meer zu treiben. Unter Nassers Führung rüstet Ägypten zu einem neuen Waffengang.

Wie weit kann Nasser gehen? Die Verfolgung der jüdischen Minderheiten in den arabischen Staaten nimmt grausame Formen an und strapaziert das Weltgewissen. Durch die ganze Welt gingen die Bilder von den als angebliche Spione gehängten Juden in Bagdad; die Hinrichtung wurde zu einem grauenhaften "Volksfest". Wird die Vernichtung der Judenheit

in diesen Teilen der Erde zu einem staatlichen Programm? Schauerliche Erinnerungen aus jüngster deutscher Geschichte tauchen auf.

Die neue von Nixon geführte Regierung der Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Papst in Rom haben die Israelis mit beschwörenden Worten gebeten, von Repressalien abzulassen, doch haben sie gleichzeitig ihren Abscheu über die Hinrichtungen kundgetan. Sie lassen freilich jeden Hinweis vermissen, wie sie sich die Lösung dieses schrecklichen, die Welt beunruhigenden Konfliktes vorstellen. Wahrscheinlich ist es auch zu viel verlangt. Wenn schon die Vereinten Nationen nicht in der Lage sind, diesen schwelenden Brandherd einzudämmen, dann sollten es wenigstens die Groß- und Weltmächte tun, die Einwirkungsmöglichkeiten besitzen. Genannt werden in diesem Zusammenhang die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien.

An diese ging die Bitte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, U Thant, alle Möglichkeiten für eine Friedenslösung auszuloten, ohne dabei eigene nationale Ziele zu verfolgen. Man mag darin ein Eingeständnis der Schwäche der Vereinten Nationen erblicken, doch wer außer den vier genannten Staaten könnte in der Lage sein, als ein, wenn auch nicht geliebter, Friedensstifter zu wirken? Die Hauptverantwortung kommt, wie nun einmal die Machtverhältnisse sind, den Sowjetrussen und den Amerikanern zu. Sie verfügen - noch - über die Macht, ihre Schützlinge vor dem Allerschlimmsten zu bewahren. Rasches Handeln ist allerdings geboten. Die Geschichte des Ersten Weltkrieges lehrt, daß die damals herrschenden Mächte - um das berühmte Wort des britischen Premierministers Lloyd George zu zitieren - gegen ihren Willen in den Krieg hineingeschlittert sind. Auch kleinere Staaten können die größeren zu Handlungen veranlassen und in Verwirrungen verstricken, die ihrer Kontrolle entgleiten.

Was heute in Nah-Ost geschieht, berührt das Schicksal der menschlichen Zukunft. Sind sich die Mächtigen dieser Erde der Größe ihrer Verantwortung auch bewußt? Barbarische Akte, wie sie in Bagdad geschehen sind, treiben zur Eskalation an. Um sie zu verhindern, dazu bedarf es der Einsicht und der Weitsicht aller, die am Hebel des Weltgeschehens sitzen. Versagen sie, steht Ungutes bevor.

Streiker helfen Barbara

Labour-Regierung nimmt Reform der industriellen Beziehungen in Angriff

Von Hans Joachim Werbke, London

"Bloody good sense" ("verdammt vernünftig!") kommentierte das Fünf-Millionen-Blatt der britischen werktätigen Bevölkerung, der "Daily Mirror", das von Arbeitsministerin Barbara Castle dieser Tage verlegte Weißbuch zur Reform der industriellen Beziehungen. Die "Times" hingegen und der Chor der konservativen Kritiker schütten das Kind mit dem Bade aus, wenn sie von vornherein die beabsichtigten Reformen für unzulänglich erklären. Gewiß geht die Reform nicht weit genug. Aber es wird ein Anfang gemacht. Und das ist mehr als die Tories während ihrer dreizehnjährigen Herrschaft je zustandegebracht haben. Erst in der Opposition machten sie sich an die Aufgabe der Industriereform. Bei ihrer Verflechtung mit den Unternehmern und Großindustriellen legt die konservative Partei freilich die ganze Bürde ihrer Reformpläne einseitig auf die Schultern der Gewerkschaften.

Die schlaue Arbeitsministerin, deren Haar ebenso rot ist wie ihr Vokabular, griff sich die wesentlichsten Vorschläge der Opposition heraus, stahl ihr damit den Donner und fügte sie in ihr Weißbuch als Regierungspolitik ein. Die Verwendung der Oppositionsgedanken, die freilich erst einmal durch den Wolf der Vermenschlichung gedreht wurden, erzürnt Labours Linke und einen Teil der rund 150 Labourabgeordneten, die den Gewerkschaften direkt verbunden sind. Aber der erste Ärger wird sich bald unter der Beschwichtigungs-Wortkanonade von Mrs. Castle wieder legen. Sie hat eine Begabung für schwierige Gesetzgebung. Das Verkehrsgesetz hat sie allen Lobbyisten zum Trotz bis zu ihrem Amtswechsel auf den Weg gebracht gehabt, so daß es bei seinem Inkrafttreten am 1. Januar dieses Jahres die Spitzmarke "Barbara-Castle-Denkmal" weg-
hatte.

Ihre Gewerkschaftsreform - denn darauf läuft die Planung im Grunde hinaus - wird ihr dadurch erleichtert, daß genau zur Veröffentlichung drei Streiksituationen eingetroten sind, die jedermann von der Notwendigkeit überzeugen, daß es höchste Zeit ist, wenn endlich dem laut Donovan-Report "anarchischem Unwesen" ein Ende bereitet wird. Die verstaatlichte Stahlindustrie hat fürs erste eine Arbeitsniederlegung vermeiden können, die ihre Ursache in der Nichtanerkennung von zwei White-Collar-Gewerkschaften seitens der traditionell im Stahl tätigen Fachgewerkschaften gehabt hätte.

Die Übersee-Fernschreiber und Postarbeiter streiken zur Zeit, weil sie ihre Lohnforderungen ohne Rücksicht auf die exportwirtschaftliche Situation des Landes durchsetzen wollen. Und auf der Kriegsmarinewerft von Vickers in Barrow wurde ein schon über sieben Monate laufender Streik nach kurzfristiger Unterbrechung mit verkehrten Fronten wiederaufgenommen, weil sich Unternehmensleitung und zwei Gewerkschaften nicht darüber einigen können, welche zwei Männer 170 Röhren prüfen

sollen, zwei Klempner oder zwei Monteure.

Den Entartungserscheinungen der industriellen Beziehungen die sich aus der Geschichte und den gewachsenen Traditionen der britischen Arbeiterbewegung verstehen, will die im Weißbuch mit dem neckisch-fraulichen Titel "Anstelle des Streits" vorgezeichnete Reform abhelfen. Offizielle Streiks sollen fortan nicht mehr wie bisher allein durch Beschluß des jeweiligen Gewerkschaftsvorstandes, sondern durch Urabstimmung entschieden werden. Sehr oft fühlten sich Gewerkschaftsmitglieder zu einem Streik aufgerufen, den sie gar nicht billigten. Die Mehrzahl der Streiks in England entspringt "wildem", d. h. nicht von den Gewerkschaften autorisierten, Arbeitsniederlegungen. Sie machen 95 Prozent aller Streiks hierzulande aus. Um sie künftig unter Kontrolle zu bekommen, will sich die Arbeitsministerin die gesetzliche Vollmacht erteilen lassen, bei inoffiziellen Streiks und dort, wo die Verhandlungen ihrer Ansicht nach zu früh abgebrochen wurden, eine "Versöhnungspause" von vier Wochen verhängen zu dürfen. Verstöße gegen die Anordnungen des Arbeitsministers wird eine neu einzurichtende industrielle Behörde mit Geldstrafen belegen (Haftstrafen sind jedoch ausgeschlossen). Wie sich dieser Vorgang in der Praxis abspielen soll, ist den Beteiligten noch nicht ganz klar. Aber englischer Pragmatismus dürfte sich da wieder einmal einen Weg bahnen.

Damit diese einschneidenden Änderungen von den Betroffenen besser verdaut werden können, züßt das Weißbuch sie mit ein paar Vorschlägen zur Strukturreform der Gewerkschaften. Eine neuzuschaffende Kommission für industrielle Beziehungen, als deren Präsident der bisherige Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes TUC, George Woodcock, vorgesehen ist, wird finanzielle Mittel in die Hände bekommen, die sie in Form von Zuschüssen und Anleihen an solche Gewerkschaften verteilen kann, die sich zu größeren Verbänden zusammenschließen wollen. Diese Kommission wird sich auch mit allen Fragen der Anerkennung von Gewerkschaften und zwischengewerkschaftlichen Auseinandersetzungen (wie in der Stahlindustrie beschrieben) befassen.

Den Gewerkschaften und Parteifreunden, die sie kritisieren, hat Barbara Castle entgegengefallen, daß sie die angestrebten Vollmachten überhaupt nicht in Anspruch nehmen wird, wenn die Gewerkschaften von sich aus geeignete Schritte zur Lösung der Probleme machen. So logisch und bestechend das dem Außenstehenden klingen mag, die britischen Arbeiterführer haben Sorge, wie sich ein solches Instrumentarium in der Hand eines Tory-Arbeitsministers ausnehmen wird. Von dieser Besorgnis benebelt, übersehen sie, daß überhaupt nur eine zügig und willig durchgeführte Industriereform die Basis hervorbringen kann, auf der das Mandat einer Labour-Regierung sich verlängern läßt.